



B

ildungspolitik gehört auf Bundesebene!

I

ndividuell fördern!

L

änger gemeinsam lernen!

D

igitalisierung in der Bildung aktiv angehen!

U

nabhängig von parteipolitischen Interessen Bildung gestalten!

N

eues, zeitgemäßes und zukunftsorientiertes Lehren und Lernen!

G

esamtgesellschaftlichen Auftrag von Bildung leben!



Bildungspolitische Positionen der IHK Magdeburg

(Stand 19.09.2019)



Klaus Olbricht



Wolfgang März

Ohne Bildung keine Zukunft!

Unternehmerinnen und Unternehmer aus dem Norden Sachsen-Anhalts fordern fundamentales Umdenken in der Bildungspolitik!

Zahlreiche Vertreter der Vollversammlung, der Wirtschaftsjunioren sowie verschiedener Fach- und Regionalausschüsse und Prüfer / Prüferinnen der Industrie- und Handelskammer Magdeburg haben in einem Abstimmungsprozess umfangreiche bildungspolitische Positionen erarbeitet.

Kern der Positionen sind die Forderungen nach Abschaffung der föderalen Struktur in der Bildungspolitik, einem längeren gemeinsamen Lernen in den allgemeinbildenden Schulen und einem klaren Bekenntnis zur Werteerziehung. Darüber hinaus ist es unabdingbar, dass Bildung als die Grundlage für wirtschaftliche Leistungskraft, Wachstum und Beschäftigung, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen aber auch zwischen Gesellschaftsformen ihren entsprechenden Stellenwert sowie ihre stringente Einbindung in allen Teilbereichen unserer Gesellschaft bekommt.

Alle Verantwortlichen in der Bildung, Politik und Wirtschaft müssen sich ihres Auftrages und ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung vollumfänglich bewusst sein. Gelingt es uns nicht, Dynamik, Motivation und Kreativität in der Bildung spürbar zu steigern, verspielen wir unsere Zukunft, verlieren wir den Anschluss an das Bildungs- und Leistungsniveau in Europa und in der Welt, hängen wir unsere Kinder und Kindeskiner wesentlich ab.

Die Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems muss sofort nachhaltig und konsequent verbessert werden. Ohne den Motor „Bildung und Wissen“ brauchen wir uns um die Zukunft Deutschlands keine Gedanken mehr machen, denn dann gibt es keine.

Klaus Olbricht
Präsident der Industrie- und
Handelskammer Magdeburg

Wolfgang März
Hauptgeschäftsführer der
Industrie- und Handelskammer Magdeburg

Bildungspolitische Positionen der IHK Magdeburg

1. Übergreifende Positionen

- 1.1. Klare Schwerpunktsetzung und Bekenntnis zum Thema Werteerziehung
- 1.2. Föderalismus in der Bildung abschaffen, das System der Dualen Berufsausbildung als Vorbild nutzen
- 1.3. Bildungspolitik ist keine Parteipolitik
- 1.4. Individuelle Förderung statt Auslese - die Bildungschancen der Kinder dürfen nicht durch ihre soziale Herkunft, ihren Wohnort oder ihre Nationalität negativ vorbestimmt sein
- 1.5. Konsequenter Abbau aller Bildungsbarrieren, die die Durchlässigkeit des Bildungssystems behindern, bundeseinheitliche Regelungen bei der Anrechnung beruflicher Kenntnisse und Fähigkeiten auf ein Studium und umgekehrt

2. Vorschule

- 2.1. Bildungspotenziale identifizieren, stärken und ausbauen
- 2.2. Vermittlung von Grundkompetenzen im Kindergarten und eine enge Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Grundschulen, um dadurch den gezielteren Einstieg in die Grundschule sowie einen sanften und erfolgreichen Übergang zu gewährleisten
- 2.3. Familien- und arbeitnehmerfreundliche Betreuungszeiten und ganzjährige Betreuungsangebote der vorschulischen Einrichtungen sicherstellen
- 2.4. Einführung eines verpflichtenden, kostenlosen Kindergartenjahres für alle Vorschulkinder

3. Schule (Grundschule, Sekundarstufe I, Sekundarstufe II)

- 3.1. Beim Lerneinstieg darf es keine Experimente geben
→ starke und umfassende Rechen-, Lese- und Schreibkompetenzen müssen als Grundsatz der Schulausbildung gelten
- 3.2. In den Schulen muss der Weg von der „Belehrungsdidaktik“ zu einer „Ermöglichungsdidaktik“ eingeschlagen werden
- 3.3. Ausreichendes und fachlich geeignetes Lehrpersonal und Referendariatsstellen zur Verfügung stellen
- 3.4. Einführung eines bundesweit einheitlichen Bildungsstandards (Zertifizierung) und bundesweit einheitlicher Schulabschlussprüfungen, das System der Dualen Berufsausbildung als Vorbild nutzen
- 3.5. Stärkung der Möglichkeiten zur Profilierung der Schulen über Mindeststandards hinaus im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung
- 3.6. Förderstrukturen quantitativ und qualitativ ausbauen - schulische Ganztagsangebote erweitern, dadurch Stärkung der individuellen Förderung und Integration sowie der Potenzialerhöhung
- 3.7. Schaffung reibungsloser Übergänge zwischen den Schularten (auf- und absteigend)
- 3.8. Schulfach Technik in allen Schulformen etablieren und durch qualifizierte Techniklehrer absichern
- 3.9. Praxisorientierung muss in jeder Form der Grundlagenbildung angeboten werden
→ Immer mehr Schülern fehlt der Einblick in die Praxis der Wirtschaft, dadurch haben sie nicht ausreichende Informationen für die spätere Berufswahl. Die Koordinierung aller vorhandenen Maßnahmen muss transparent und öffentlich zugänglich sein
- 3.10. MINT-Bildung in Grundschulen stärken
→ Angebote, z. B. Roboterbaukurse, der regionalen Wirtschaft sind zu nutzen und in den Schulalltag zu integrieren



- 3.11. WINT-Bildung in allen Schulformen implementieren (Wirtschaft, Informatik, Naturwissenschaften, Technik)
- 3.12. Bewusstsein für Umwelt und Nachhaltigkeit fördern und stärken
- 3.13. Schulsozialarbeit durch Festschreibung im Schulgesetz stärken
- 3.14. Ausbau von Gesamtschulen voranbringen und Schullaufbahntrennung mit verbindlichen Laufbahneempfehlungen nach der 8. Klasse einführen
- 3.15. Unterrichtsausfall darf nicht stattfinden – alternative Angebote, z.B. Onlinetutorials, sind zur Sicherstellung des Lehrstoffes zu nutzen
- 3.16. Verpflichtender Unterricht zur Berufs- und Studienorientierung an allen Schulformen
- 3.17. Wettbewerbsfähigkeit der Schulabgänger weiter verbessern
 - Leistungsorientierung muss wieder als Grundmaxime an den Schulen gelten
- 3.18. Schulinfrastruktur möglichst wohnortnah erhalten bzw. wiederherstellen
- 3.19. Ausbau der Bildungsberatung und -information für Schüler und Eltern sowie verstärkte Einbeziehung der Eltern in die Erziehungs- und Bildungsverantwortung
- 3.20. Digitale Infrastruktur in Schulen sicherstellen
 - jede Schule benötigt einen hauptamtlichen IT-Mitarbeiter
- 3.21. Lehrer müssen für den Einsatz digitaler Lehrmaterialien qualifiziert werden

4. Berufliche Bildung

4.1. Berufsorientierung und Berufsübergang

4.1.1. Durch gute Berufs- und Studienorientierung Abbruchquoten senken

4.1.2. Konzept zur fächerübergreifenden Berufs- und Studienorientierung für alle Schulformen entwickeln und verbindlich verankern bzw. verstetigen

→ insbesondere an Gymnasien verbindlich einführen und selbige in die Verantwortung nehmen

4.1.3. Unterrichtsmaterialien zur fächerübergreifenden Berufsorientierung müssen bundesweit für alle Schulformen entwickelt und verbindlich genutzt werden

4.1.4. Rahmenbedingungen und Image der dualen Berufsausbildung verbessern

4.2. Duale Ausbildung

4.2.1. Der gesellschaftliche Wert der Dualen Berufsausbildung muss gesteigert werden

4.2.2. Leistungsfähige Berufsschulen in den Regionen und möglichst wohnortnahe Beschulung sichern

→ Möglichkeiten einer technologieunterstützten Kooperation zwischen und innerhalb der Lernorte der Berufsausbildung sind zu identifizieren und zu entwickeln. Das Unterrichtsangebot sollte in Abstimmung mit den Ausbildungsbetrieben inhaltlich und zeitlich überarbeitet bzw. flexibilisiert werden

4.2.3. Digitale Bildung aktiv gestalten

4.2.4. Ehrenamtliches Engagement in der beruflichen Bildung stärken

4.2.5. Mehr differenzierte Förderung schwacher Schüler, koordiniert mit ausbildungsbegleitenden Hilfen der Arbeitsagenturen

4.2.6. Den Berufsschulen muss bei Führung, Lehrerauswahl und Unterrichtsorganisation mehr Eigenständigkeit und Verantwortung sowie eigenes Budget eingeräumt werden

4.2.7. Qualität der Berufsschullehre durch verbesserte und moderne Ausstattung sowie den Einsatz von mehr Fachlehrern erhöhen

4.2.8. Unbürokratische Theorie-Praxis-Verzahnung durch Einsatz von Unternehmensvertretern (Ausbildern) im Berufsschulunterricht ermöglichen

4.3. Studium / Duales Studium

4.3.1. Duale Studiengänge müssen ausgebaut und qualitativ unteretzt werden. Eine Orientierung an den Bedarfen der regionalen Wirtschaft muss dabei die Grundvoraussetzung sein

4.3.2. Standardisierte Zulassung zur Prüfung bei den gewerblichen Kammern für Dual Studierende

4.3.3. Die Hochschulen und Universitäten in Sachsen-Anhalt bekennen sich eindeutig zur regionalen Wirtschaft

4.3.4. Beschäftigungsfähigkeit in der Hochschullehre verankern

4.3.5. Schaffung einheitlicher Regelungen für die Anrechnung beruflicher Kenntnisse und Fähigkeiten auf ein Studium bzw. eine Aufstiegsfortbildung

4.3.6. Qualität der Hochschulausbildung stärken – Anzahl der Studiengänge reduzieren

4.3.7. Praxisbezug durch eine stärkere Einbeziehung der regionalen Wirtschaft in die Hochschullehre herstellen und diese finanziell gesondert fördern

→ Anreize schaffen, damit Professoren und Professorinnen ihren Wohnort / Lebensmittelpunkt an die Hochschulstandorte verlegen

4.3.8. Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit weiterentwickeln

4.3.9. Studienabbrecher stärker in die Duale Ausbildung überführen

5. Weiterbildung

- 5.1. Weiterbildungsberatung ausbauen und Transparenz herstellen
- 5.2. Ausbau von Förderprogrammen für den nachträglichen Erwerb von Qualifikationen (z. B. Sachsen-Anhalt Weiterbildung, das WeGebAU - Programm der Bundesagentur für Arbeit)
- 5.3. Teilqualifizierungen stärken
- 5.4. Schaffung von Anreizen für eigenverantwortliche Weiterbildung (Bildungssparen, Bildungsprämie, steuerliche Entlastung, Bildungsurlaub)
- 5.5. Betriebliche Anforderungen bei der Gestaltung von Bildungsangeboten berücksichtigen und unternehmensnah realisieren
- 5.6. IHK-Aufstiegsfortbildung stärken - Kombimodelle entwickeln und vermarkten
- 5.7. Teilnahme an Weiterbildung steigern
- 5.8. Fairen Wettbewerb im Weiterbildungsmarkt ermöglichen
- 5.9. Weiterbildungsberatung ist Aufgabe von Unternehmen und der von den Kammern





IHK Magdeburg

Alter Markt 8

39104 Magdeburg

Telefon 0391 5693-0

E-Mail: internet@magdeburg.ihk.de

www.magdeburg.ihk.de

Kontakt

Susanne Eva Dörrwand

Geschäftsführerin Handel, Dienstleistungen
und Unternehmensförderung

Telefon 0391 5693-130

E-Mail: doerrwand@magdeburg.ihk.de

Kontakt

Stefanie Klemmt

Geschäftsführerin

Berufsbildung

Telefon 0391 5693-200

E-Mail: klemmt@magdeburg.ihk.de